

Die Rettung der Sparzinsen: Ein Lehrbeispiel politischer Verirrung

Die Politik gibt vor, eine Sparform zu retten, die die Menschen seit vielen Jahren ärmer macht. Warum hat niemand den Mut, das offen auszusprechen – und bessere Wege aufzuzeigen?

ANALYSE

Hermann Fröschl



Es war schön und hat lange verdammt gut funktioniert: Das Fotomotiv nebenan erinnert an gute Zeiten, als ein Sparbuch und ein eigenes Häuschen die Schlüssel zum persönlichen Vermögensaufbau waren. Entsprechend tief hat sich das ins Bewusstsein des Landes eingebrannt und wird unbeirrt hochgehalten, obwohl es schon lange nicht mehr so ist. Das Sparbuch ist zu einer Veranlagungsform degeneriert, die die Menschen Jahr für Jahr ärmer macht. Schuld daran ist eine fundamental veränderte Geldpolitik der Notenbanken, die die Märkte seit vielen Jahren mit Geld flutet. Die Banken sind deshalb in Wahrheit auf Spareinlagen nicht mehr so angewiesen wie früher – und leben Marktwirtschaft. Die Zinsangebote für Einlagen sind seit vielen Jahren mickrig – und die gesellschaftlichen Folgen verheerend. Die breite Masse, die unbeteiligt auf Sparbuch setzt, wird schlechter ärm. Wer zur Jahrtausendwende 10.000 Euro auf ein Sparbuch legte, besitzt heute real 9300 Euro – ein Verlustgeschäft erster Klasse.

Das politische Furioso, das die Parteien derzeit um die Sparzinsen veranstalten, ist deshalb an Heuchelei kaum zu überbieten. Den Banken angesichts hoher Zinsgewinne mit Wettbewerbsrecht oder Verbraucherschutzklagen zu Leibe zu rücken ist richtig und legitim. Politisch aber so zu tun, als könnte man das Problem lösen, geht erstens an der Realität vorbei und schürt zweitens Erwartungen, die nie und nimmer zu erfüllen sind. Die SPÖ will überhaupt regulierte – und damit staatlich subventionierte – Fixzinsen für Spareinlagen. Sparern würde das bei drei Prozent Fixzins bestenfalls einen Prozentpunkt mehr bringen. Bei sieben Prozent Inflation bliebe trotzdem ein dickes reales Minus von vier Prozent. Und dafür würde auch noch Steuergeld versenkt – ein doppeltes Verlustgeschäft also.

Die traurige Wahrheit wagt niemand auszusprechen: Ein Sparbuch taugt vielleicht noch als eiserner Reserve für kurzfristig nötige Ausgaben. Als Anlageform ist es schon lange unbrauchbar. Die politische Energie, die darauf verschwendet wird, wäre viel besser investiert, würde man den Menschen reinen Wein einschenken und aufzeigen, wie langfristiger Vermögensaufbau heute noch funktioniert. Eine kleine Rechnung dazu: Wer in den vergangenen 25 Jahren jährlich 1000 Euro auf ein Sparbuch legte, hat heute 21.670 Euro und damit 14 Prozent Verlust. Wer stattdessen 1000 Euro jährlich in den MSCI World investierte, einen Aktienindex, der die besten globalen Unternehmen bündelt, besitzt 42.795 Euro – ein Plus von 71 Prozent. Jeder kann sich die Dynamik ausrechnen, wenn größere Summen investiert werden. Und Kursrückgänge, die es zwischenzeitlich immer wieder gab, sind da natürlich schon eingerechnet.

Während das Sparbuch ärmer macht, würden Aktien (angereichert mit Anleihen) die



Menschen langfristig reicher machen. Es passt zum rot-weiß-roten Geldmysterium, dass es fast niemand tut. Nur sechs Prozent der Haushalte besitzen Aktien, eine im internationalen Vergleich unterirdisch niedrige Quote. Herr und Frau Österreicher, so heißt es immer, scheuen beim Geld jedes Risiko. Was aber nicht stimmen kann, wenn man sich anschaut, dass die Österreicher bei Krediten wesentlich risikobereiter sind als viele andere Nationen. Es ist noch nicht lange her, da wurde hierzulande sogar munter mit Fremdwährungskrediten in Yen oder Schweizer Franken spekuliert. Und die Mehrheit der Kredite ist bis heute variabel verzinst, was angesichts der jüngsten Zinsschübe einigen auf den Kopf fällt.

Generelle Risikoscheu kann es also nicht sein, die den teils irrationalen Umgang mit dem Geld erklärt. Eher schon, dass das Volk von den Eliten fehlgeleitet oder für dumm verkauft wird. Wenn es darum geht, billige Punkte zu sammeln, schwingt sich die Politik zum Retter der unrettbaren Sparbücher auf. Oder haut auf Superreiche und böse Finanzmärkte hin. Dass diese Masche bis heute zieht und die Aktie gemeinhin als Spekulationsobjekt gilt, offenbart noch ein fundamentales Manko im Land: Das kollektive Wissen über Finanzfragen ist höflich formuliert unterentwickelt.

Ein Schulfach Finanzbildung, das schon Jugendliche in die Mechanismen von Finanzmärkten einführt und einen sinnvollen Um-

gang mit Geld lehrt, fehlt schmerzlich im Land. Selbst für Kleinigkeiten wie den Abschluss eines Handyvertrags oder die Miete der Wohnung wäre es absolut nützlich und wertvoll.

Dabei würde man erfahren, dass Aktien grundsätzlich riskanter sind, weil es keine Wertgarantie gibt. Dass derartige Garantien aber stets sauerer sind und die Erträge von vornherein stark mindern – siehe das völlig verunglückte Modell für die Abfertigung neu. Bei Aktien gibt es tatsächlich immer wieder Phasen mit Kursrückgängen, doch die langjährige Erfahrung zeigt, dass sich Aktien starker Unternehmen und breite Indizes stets rasch wieder erholen und langfristig anderen Anlageformen deutlich überlegen sind. Beim besagten MSCI World waren es die letzten 40 Jahre im Schnitt acht Prozent Zuwachs – jedes Jahr.

Entscheidend ist: Wer kurzfristig mit Aktien zockt, geht hohes Risiko ein. Wer langfristig über Jahrzehnte in Aktien investiert, minimiert es. Weshalb es wichtig wäre, mit dem Ansparen möglichst früh zu beginnen und den Vermögensaufbau tatsächlich über Generationen zu planen. Sparpläne dafür bieten Banken wie Onlinetrader. Monatlich in sogenannten ETFs, etwa auf den MSCI World, zu investieren, ist im Vergleich zu Fonds noch dazu extrem günstig.

Die Aktie ist unverzichtbar für langfristigen Vermögensaufbau

Gestaltungswillige Politik würde all das erklären und eine Lösung für einen Bildungszweig Finzen suchen. Man könnte sogar die im Geld schwimmenden Banken dazu vergattern, den Aufbau eines solchen Bildungszweigs mitzufinanzieren. Das wäre viel sinnvoller, als Geld womöglich für Fixzinsen zu versenken.

Gestaltungswillige Politik würde zugleich dafür sorgen, dass langfristiger Vermögensaufbau gefördert statt bestraft wird. Dass dafür genau Kapitalertragssteuer zu zahlen ist wie beim kurzfristigen Zocken, ist noch so ein rot-weiß-roter Umfug, der niemandem zu erklären ist.

All das ist ein Lehrbeispiel dafür, wie das Land an Traditionen festhält, selbst wenn sie nachweislich schädlich geworden sind. Es ist auch ein Lehrbeispiel für die Unfähigkeit, das Land fit für die Zukunft zu machen. Eine feige Politik redet dem Wahlvolk nach dem Mund und zementiert einen Status quo, der am Ende alle unzufrieden(er) macht. Deshalb ist die These, dass ein Anfall politischer Wahrhaftigkeit sicher bestraft würde, längst in Zweifel zu ziehen. So groß die Skepsis im Volk vor Neuem sein mag: Wenn es instinktiv spürt, dass Bestehendes nicht mehr funktioniert – siehe Sparbuch –, ist die Wahrheit zumutbar. Immer vorausgesetzt, die Politik kann neue Wege aufzeigen und plausibel erklären. Dass dies nicht einmal versucht wird, gleicht einem Vergehen an der Zukunft des Landes.